

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

E/XX/239

Bonn, den 14. Dezember 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Die Stunde der Wahrheit

47

Auftakt zur NATO-Konferenz

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

2 - 3

Unübersichtbare Folgen

104

Bundesregierung lähmt den sozialen Wohnungsbau

Von Willi Bäuerle, MdB

4

Sozialist und Patriot

50

Zur Erinnerung an Otto Braun

Von Dr. Manfred Geßner

5 - 6

Vertauschte Karten

87

Widersprüche und Tragweite der französischen Präsidentenwahl

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + +

Stunde der Wahrheit

Auftakt zur NATO-Konferenz

Von Günter Markscheffel, z.Z. Paris

"Ein richtiger Diplomat verhält sich immer so, daß seine Gesprächspartner glauben, er tue ihnen einen Gefallen." Das ist ungefähr die Situation, in der sich Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel befinden. Die Führer der bundesrepublikanischen Delegation loben sich gegenseitig, weil sie von ihren Minister-Kollegen keine Initiative in der Deutschlandfrage fordern, müssen aber gleichzeitig zugeben, daß sie wegen Mangels an Masse weder eine solche Initiative vorschlagen könnten, noch erwarten dürften, daß man ihnen eine solche abnähme oder gar gutheißen würde. Also verhalten sie sich so, als täten sie ihren Kollegen einen Gefallen. Alle übrigen Delegationen gehen auf dieses Spiel ein, loben ihrerseits "die vernünftigen Deutschen", atmen aber hinter vorgehaltener Hand erleichtert darüber auf, daß man sie nicht, wie schon so oft, zu Erklärungen veranlassen will, die an den allseits bekannten Tatbeständen nichts ändern.

Es ist für einen deutschen Konferenzbeobachter wenig erfreulich, dies registrieren zu müssen. Im Grunde genommen weiß man hier in Paris nur zu gut, daß die alte und neue Bundesregierung nichts anzubieten hat, was ihren Verbündeten die Möglichkeit geben könnte, das Deutschlandproblem mit Aussicht auf Fortschritte wieder zum Gegenstand internationaler Verhandlungen zu machen. Nur fragt man sich bei den Verbündeten, wann "die Stunde der Wahrheit" kommt und läßt durchblicken, daß die Deutschen den ersten Schritt tun müßten.

Auch im militärischen Bereich der Verhandlungen der diesjährigen NATO-Ministerkonferenz tritt man zunächst auf der Stelle. Es sind aber nicht nur der bevorstehende Erhard-Besuch in den USA und der ungewisse Ausgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich, die jene eigenartige Atmosphäre der Ungewißheit entstehen ließen, welche diese NATO-Konferenz belastet. Viel schwerwiegender ist, daß in allen Delegationen behauptet wird, die Bundesregierung wisse nicht, was sie wolle. Niemand glaubt dem deutschen Außenminister oder Verteidigungsminister so recht, wenn diese verkünden, Bonn wolle dieses oder jenes.

Man verweist auf die Uneinigkeit im Bonner Regierungslager, stellt die Äußerungen von Ministern und führenden Mitgliedern der Regierungsparteien gegenüber und fragt ziemlich ungeniert, ob denn wenigstens der Bundeskanzler wisse, welche Haltung er in den USA einzunehmen gedenke.

Es ist sehr schwer zu sagen, ob alle diese Peinlichkeiten ihren Ursprung nur im Verhalten Bonns haben oder ob nicht auch die permanente und immer heftiger werdende Propagandawelle Moskaus gegen die Bundesrepublik nachhaltiger wirkt, als man es wahrhaben will. Verschiedentlich wird hier in Paris angedeutet, nicht nur Moskau habe mit seinen Angriffen auf die Bundesrepublik gewisse Erfolge gehabt, sondern auch Prag, Warschau, Budapest, Bukarest und sogar Pankow. Man wird am Ende dieser Dezembertagung der NATO-Minister feststellen können, inwieweit diese Befürchtungen berechtigt sind. Unabhängig davon kann jedoch jetzt schon gesagt werden, daß die Bundesregierung nicht mehr lange zögern darf und bald klar sagen muß, was sie will.

Unübersehbare Folgen

Bundesregierung lähmt den sozialen Wohnungsbau

Von Willi Bäuerle, MdB

Unsere Befürchtungen sind eingetroffen. Bonn gibt den sozialen Wohnungsbaupreis. Vor der Bundestagswahl hat der alte und jetzt wieder neue Bundesfinanzminister Dähgrün die Beibehaltung der jährlichen Verminderung der für den sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Bundesmittel gefordert. Lautstark wurde von der Regierung und den sie tragenden Parteien damals diese Forderung zurückgewiesen. Jetzt ist es Tatsache, daß in dem von der Regierung eingebrachten Haushaltssicherungsgesetz die Wohnungsbeauförderungsmittel um insgesamt 250 Millionen DM gekürzt werden. Trotz dieses betrügerischen Verhaltens spricht der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von der Fortführung des sozialen Wohnungsbaus.

Mit Deklamationen ist den vom Lücke-Plan betroffenen Menschen sowie den Hunderttausenden von Wohnungssuchenden nicht geholfen. Wir werden klar und deutlich sagen, daß die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien an der allgemeinen Wohnungsmisere die alleinige Schuld tragen. Wir werden von der Regierung eine klare Stellungnahme verlangen, ob sie bereit ist, den Wohnungsbau und darüber hinaus den Städtebau durch langfristige Finanzierungsprogramme abzusichern.

Aber nach all dem, was wir in den letzten Jahren erlebt und gesehen haben, ist mit einem Kurswechsel in Bonn nicht zu rechnen. Man wird die Dinge treiben lassen wie bisher, indem man den Standpunkt vertritt, in der sogenannten freien Wirtschaft wird sich alles von selbst einpendeln. Für uns Sozialdemokraten hat sich aber noch nie etwas und wird sich auch zukünftig nichts von selbst einpendeln. Darum werden wir hart und klar in Bonn unsere wohnungspolitische Alternative zu vertreten haben. Uns geht es um den Menschen, um sein Schicksal, um sein Wohlergehen, um seine Fürsorge und nicht nur um fiskalische und wirtschaftspolitische Vorteile gewisser Leute und Gruppen. Wir haben deshalb auch unsere wohnungspolitischen Vorstellungen aufzubauen und abzustellen versucht auf die Situation und die Bedürfnisse.

Die wohnungspolitische Situation sieht für uns folgendermaßen aus. In echter Gemeinschaftsleistung wurden von 1949 bis 1964 8,3 Millionen Wohnungen neu errichtet. Dennoch fehlen zur Zeit noch etwa 1 Million Wohnungen, und 250 000 Wohnungen werden darüber hinaus jährlich (Erschließungen) zusätzlich benötigt. Ungefähr 1 Million der vorhandenen Wohnungen sind abbruchreif, 3,5 Millionen Wohnungen müssen umfassend modernisiert und weitere 3,5 Millionen gründlich instandgesetzt werden.

- * Von den 8,3 Millionen Neubauwohnungen wurden 4,3 Millionen mit Mitteln des Bundes, der Länder und der Gemeinden gefördert. Dazu hat der Bund den geringsten finanziellen Anteil geleistet. Durch
- * eine konzeptionslose Bau- und Bodenpolitik der Bundesregierung führten die Kostensteigerungen von 15 000 DM je Sozialwohnung 1953 auf
- * 52 000 DM 1964. Die dadurch bedingten Mietpreissteigerungen sind
- * unerträglich geworden und Quadratmetermieten im sozialen Wohnungsbau von 2,80 DM sind keine Seitenhieb mehr.

Durch die Entwicklung der Bau- und Grundstückskosten wird deshalb der von der Bundesregierung so viel propagierte Eigenheimbau ein unerfüllbarer Wunschtraum bleiben. Insbesondere junge kinderreiche Familien sowie alte und alleinstehende Menschen sind unzureichend mit Wohnungen

versorgt bzw. wurden von der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung am stärksten betroffen.

Trotz dieser Situation und trotz der bisher sträflich vernachlässigten aber dringend erforderlichen Stadt- und Dorferneuerung zieht sich die Bundesregierung bewusst und fahrlässig aus der öffentlichen Wohnungsbauförderung zurück. Hier muß der Finger in die Wunde gelegt und der Öffentlichkeit die Augen geöffnet werden. Wir Sozialdemokraten können deshalb der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung mit all ihren Konsequenzen erst dann zustimmen, wenn

- o so viele Wohnungen vorhanden sind, daß jede Familie eine ihren Bedürfnissen angemessene Wohnung zu tragbaren Mieten frei wählen kann,
- o ein wahrhaft soziales Mietrecht vor sozial ungerechtfertigten Kündigungen schützt, wobei die berechtigten Interessen des Vermieters angemessen zu berücksichtigen sind,
- o eine Wohngelddarlegung getroffen ist, die allen darauf angewiesenen Familien eine ausreichende wirtschaftliche Sicherung ihres lebensnotwendigen Wohnraums bietet.

Die Grundsätze unserer Wohnungsbauförderung werden nach wie vor orientiert sein an dem derzeitigen Wohnungsfehlbestand, dem zukünftigen jährlichen Neubedarf, dem Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf sowie dem Sanierungsbedarf der Städte und Dörfer. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um eine so große staatspolitische Daueraufgabe, an der sich Bund, Länder und Gemeinden beteiligen müssen. Auch dem Baulandproblem steht die Bundesregierung tatenlos gegenüber. Mit beschwörenden Formeln und verwaschenen Vorstellungen, wie in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers: "Zur verstärkten Eigentumbildung müssen die Gemeinden in die Lage versetzt werden, das Angebot an baureifen Grundstücken zu erhöhen und neues Bauland zu erschließen", kann dieses dringende Problem nicht gelöst werden. Zum Geländeerwerb und zur Erschließung gehört bekanntlich Geld. Die Gemeinden sind jedoch durch das Ausbleiben der seit zwölf Jahren versprochenen Finanzreform mit 25 Milliarden DM verschuldet.

Die sozialdemokratischen Vorstellungen zum Baulandproblem sind klar. Wir werden sie im Bundestag mit allem Nachdruck vertreten: Die Bodenspekulation muß unmöglich gemacht werden, indem

1. Planungswertsteigerungen, die sich aus der Umzonung bisher anderweitig genutzten Bodens in Bauland ergaben, abgeschöpft und der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden.
2. den Gemeinden die Möglichkeit gegeben wird, eine Bodenbevorratung zu betreiben und
3. durch zinsverbilligte Kredite die Bodenbeschaffung und -erschließung gefördert wird.

Auch in der Opposition fühlen wir uns wohnungspolitisch in der Verantwortung. Wir werden um unsere Ansichten kämpfen. So um die weitere Fortsetzung des öffentlichen Wohnungsbaues, insbesondere zur Errichtung von modernen Wohnungen auch für diejenigen Bevölkerungsschichten, die ohne öffentliche Hilfe glatt auf der Strecke bleiben würden.

Es ist bekannt, daß wir noch weitgehend unterversorgte Wohnungsmärkte haben. Die Weiterführung des Wohnungswesens in die Marktwirtschaft setzt aber einen gesättigten Markt voraus, auf die Wohnungssuchenden nicht Opfer von Knappheitsmieten werden, sondern ihren Bedarf und ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechend wählen können.

Um dieser Ziele willen kann und darf sich der Staat nicht aus der Wohnungsbauförderung zurückziehen.

Sozialist und Patriot

Zur Erinnerung an Otto Braun

Von Dr. Manfred Gesner

Der Nationalsozialismus "hat mit wahren Preußentum und wahren Deutschtum ebenso wenig zu tun wie der Naziphilosoph Rosenberg mit Kant und der Nazidichter Johst mit Goethe", schrieb der langjährige preußische Ministerpräsident Otto Braun, dessen Todestag sich am 5. Dezember dieses Jahres zum zehnten Male jährt.

1872 als eines von acht Kindern in ärmlichen Verhältnissen in Königsberg geboren, erlernte er das Druckerhandwerk und wurde schon als junger Mann Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes in seiner Heimatstadt, das er gleichzeitig als Geschäftsführer, Maschinenmeister, Metzger, Drucker und Berichterstatler betreute. Bereits hier offenbarte sich seine unsichtige und dynamische Persönlichkeit.

Diese Eigenschaften kamen ihm trefflich bei seinen Bemühungen zustatten, das große Reservoir der Landarbeiterschaft Ostpreußens für die Sozialdemokratie zu erschließen. Als Führer der ostpreußischen Landarbeitbewegung erwarb er sich bewundernswerte Verdienste. Daß nach der Ablösung der Monarchie durch die parlamentarisch-demokratische Republik eine Persönlichkeit wie Otto Braun zu den führenden Kräften im Staate gehörte, ist beinahe selbstverständlich. Im November 1918 übernahm er das Preussische Landwirtschaftsministerium und im März 1920 wurde er gleichzeitig Ministerpräsident von Preußen.

In diesem Amt, das er fast ununterbrochen bis März 1933 bekleidete, bewies er staatsmännisches Format. Zusammen mit Carl Severing baute er Preußen zu einem Bollwerk gegen den anstürmenden Radikalismus von links und rechts aus. Tatkräftig trieb er die "Reform des preussischen Staatswesens" voran. Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Bevölkerung war der Maßstab für seine politischen Entscheidungen. Wen kann es da verwundern, daß der Haß des Links- und Rechtsextremismus sein ständiger Begleiter wurde?

In einer politisch vergifteten Atmosphäre, in der das Argument in der Waagschale der innerstaatlichen Auseinandersetzung gegenüber Vorurteilen und aufgeregten Emotionen nicht mehr genügend Gewicht hatte, unterlagen die preussischen Regierungsparteien bei den Wahlen im April 1932. Damit war dem radikalisierten Mob erneut ein gefährlicher Schlag gegen die Wurzeln des Weimarer Staates geglückt. Otto Braun antwortete zwar weiter, als die Bildung einer neuen Regierung sich als unmöglich herausstellte, aber illusionslos war er sich darüber im klaren, daß dieses Wahlergebnis ihm "die Macht aus der Hand geschlagen" hatte. Daher verzichtete er auf bewaffneten Widerstand gegen den Staatsstreich des Reichskanzlers Franz von Papen am 20. Juli 1932. Otto Braun wurde abgesetzt, und von Papen ließ sich unter Berufung auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung zum Reichskommissar in Preußen ernennen. Der Ministerpräsident war davon überzeugt, daß eine Kraftprobe gegen Reichspräsidenten, Reichswehr und die Marschkolonnen des Links- und Rechtsextremismus keine Aussicht auf Erfolg hatte, nachdem im eigenen Land die Mehrheit der Wähler das Lager der bisherigen Regierungsparteien verlassen hatte.

Im März 1933 legte er sein Amt als Ministerpräsident nieder. Wie so viele seiner Kampfgefährten ging er danach in die Emigration. "Doch ziehe ich", so bekannte er, "dem belegten Brot der Knechtschaft das trockene Brot der Freiheit vor, ein Los, das ich mit unzähligen, nicht den schlechtesten Deutschen teile."

Vertauschte Karten

Widersprüche und Tragweite der französischen Präsidentschaftswahl

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Ein konservativer General mit "linksgerichteter" Außenpolitik und ein demokratischer Volkstribun für europäische Integration und atlantische Gemeinschaft stehen im Zweikampf um Frankreichs Präsidentschaftsthron. Das ergibt mannigfache und kuriose Komplikationen.

Moskau und Peking für de Gaulle

De Gaulle führte die erste Etappe seines Wahlkampfes im Zeichen seiner Außenpolitik: scharfe Abgrenzung von den USA, ausgestreckte Hand nach Osteuropa, Afrika und Asien, Ablehnung der westlichen Integration, französische Unabhängigkeit. Dementsprechend erntete er Mißbehagen in Washington und Beifall in Moskau, Warschau und Peking. Die Agentur Tass, die "Iswestija" und die "Prawda" machten kein Hehl daraus, daß sie den Wahlerfolg de Gaulles wünschen. Der frühere Sowjetbotschafter in Paris, Winogradow, sandte dem General sogar am Vorabend der Präsidentschaftswahl bereits ein Glückwunschtelegramm. Erst nach einer internen Auseinandersetzung zwischen der Sowjetregierung und dem Zentralkomitee der KPF schaltete Moskau diskret auf den Linkskandidaten Mitterrand um.

Peking hingegen hält die Feindseligkeit gegenüber Mitterrand aufrecht und bezeichnet ihn als "Agenten der USA". Nach Tse-tung unterstützt nach wie vor de Gaulle als "Vorkämpfer gegen die amerikanische Hegemonie". Am interessantesten aber ist vielleicht die Analyse offiziöser Kreise in Belgrad, die gleichermaßen für de Gaulle und Mitterrand Sympathien empfinden und beide Stimmenanteile addieren: "90 Prozent der belgisch-französischen Wähler erklärten sich für friedliche Koexistenz und für Ost-West-Entspannung."

Die Gaullisten laufen Sturm gegen Lecanuet

Die Gaullisten richteten ihre Wahlkampagne fast ausschließlich gegen den christlich-demokratischen Zentrumskandidaten Jean Lecanuet: Mitterrand wurde ausdrücklich geschont. Umsonst appellierten konservative Kreise an den gaullistischen Apparat, die Haßkampagne gegen Lecanuet und die Christdemokraten nicht auf die Spitze zu treiben und damit indirekt den Linksradikalismus zu begünstigen. Sie ernteten aus dem gaullistischen Lager Hohn: "Wir sehen keine Gefahr von Links".

Umgekehrt schien auch Lecanuet den Kandidaten der Linksparteien zu ignorieren und attackierte ausschließlich mit voller Wucht de Gaulle und den Gaullismus. Die Kandidaten der Mittel- und Rechtsparteien - de Gaulle, Lecanuet, Tixier-Vignancour und Marcellhaey - beschränkten sich somit auf gegenseitige Zerfleischung und schenken Mitterrand keine Beachtung.

Sie gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß Mitterrand sich ohnehin an eine Wählerschaft wendet, die normalerweise für Kandidaten der Mittel- und Rechtsparteien nicht zu gewinnen ist, während Gaul-

listen und Lecanuetisten vielfach an die gleiche Wählerschaft appellierten, nämlich an Bürger, Bauern und Mittelstand.

Linkswähler für de Gaulle

Eine Ausnahme zu dieser Regel stellen immerhin gewisse Randschichten der Linksparteien dar, die von der Persönlichkeit de Gaulles derart fasziniert sind, daß sie in Volksentscheidungen für den General stimmen und sich über die Weisungen der eigenen Partei hinwegsetzen.

Das gilt insbesondere für eine Fraktion der KPF, die ihre Aufträge direkt aus Moskau zu beziehen scheint, wie der frühere Chefredakteur der seit einiger Zeit wegen Geldmangel eingestellten progressistischen Tageszeitung "Liberation", Emmanuel d'Astier de la Vigerie, und der stellvertretende Generalsekretär der kommunistisch gelenkten CGT-Gewerkschaft Pierre Le Brun. Sie erklären sich ausdrücklich in diesem Dezember für de Gaulles Wiederwahl. Das alles könnte sich jetzt im zweiten Wahlgang ändern, wenn Frankreich nach gaullistischem Willen in ein Links- und Rechtslager zerfällt und de Gaulle dadurch - zweifellos gegen seinen eigenen Willen - zum Kandidaten der Mittel- und Rechtspartei wird.

De Gaulle glaubt nicht an eine kommunistische Gefahr

Nur schweren Herzens entschließt sich der General zu diesem Wahlgang gegen die "Volksfront" und gegen das Gespenst des Kommunismus, an das er ja in Wirklichkeit nicht glaubt. Seit de Gaulle den Komminsterchef und damaligen Deserteur Maurice Thorez zum Staatsminister ernannte, hat er immer wieder bewiesen, daß er an eine kommunistische Gefahr in Frankreich nicht glaubt und die KPF als einen Bestandteil der nationalen Gemeinschaft betrachtet. Darauf baut de Gaulle auch seine ganze Außenpolitik in Richtung Ural. Folgerichtig gab es in der ganzen Wahlkampagne vor dem 5. Dezember in der gaullistischen Presse keine Spur irgendwelcher "Kommunistenangst". Alle gaullistischen Pfeile waren gegen den christlich-demokratischen Kandidaten Lecanuet und gegen Tixier-Vignancour gerichtet, die man als "amerikanische Agenten" verdächtigte.

Lecanuet mißtraut de Gaulle

Der Graben zwischen Gaullisten und Christdemokraten, d.h. zwischen Verfechtern eines "Großeuropa der Nationen" und den Vorkämpfern europäischer und atlantischer Einheit ist so tief, daß das Volksfrontgespenst in letzter Minute seine Wirkung verfehlte. Lecanuet und die Mittelparteien sind nicht bereit, mit de Gaulle gegen Mitterrand ins Feld zu ziehen, der sich ausdrücklich für europäische Integration und atlantische Gemeinschaft aussprach und den Kommunisten keine außenpolitische Konzession machte. Selbst konservative und rechtsradikale Franzosen sehen in de Gaulle nicht den Vorkämpfer gegen eine "Volksfront", ganz im Gegenteil.

Sowist es kein Wunder, daß Lecanuet und die christlich-demokratische MRP ihren Wählern die Entscheidung freilassen. Sie verweigern die Parole "mit de Gaulle gegen Mitterrand". Denn sie würden ja damit laut eigener Überzeugung für den Totengräber der EWG und des Atlantikpaktes aufrufen und gegen einen Mann Stellung nehmen, der sich ausdrücklich für die europäische und atlantische Gemeinschaft erklärt hat.

Der Präsidentschaftswahlkampf ist ein Maskenball mit vertauschten Rollen. Die Enthüllung kommt nach dem 19. Dezember!